

Auer Tageblatt

Beschreibungen nehmen die Anzeiger und für Anzeiger die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlich: Dr. Heinrich Auer. Druck: Druckerei des Auer-Tageblatts, Auer. Postfach-Nr. 1000.

Exemplarpreis: Einmalig 20 Pfennige. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Nr. 1000.

Nr. 50

Sonntag, den 28. Februar 1932

27. Jahrgang

Mehrheit für die Regierung Brüning

Der Sieg des Kanzlers im Reichstag — 25 Stimmen Mehrheit für das Kabinett — Sämtliche Misstrauensanträge abgelehnt — Reichspräsidentenwahl am 13. März

Ablehnung der Misstrauensanträge

Berlin, 28. Februar. Die von den Nationalsozialisten, Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und den Kommunisten eingebrachten Misstrauensanträge gegen die Reichsregierung wurden in gemeinsamer namentlicher Abstimmung mit 289 gegen 264 Stimmen abgelehnt.

Ablehnung der Misstrauensanträge gegen Groener

Berlin, 28. Februar. Die Misstrauensanträge gegen den Reichswehrminister Groener wurden heute im Reichstage mit 305 gegen 250 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt.

Ablehnung des Misstrauensantrages gegen Dietrich

Berlin, 28. Februar. Der von den Deutschnationalen gegen den Reichsfinanzminister Dietrich gestellte Misstrauensantrag wurde heute im Reichstage mit 291 gegen 250 Stimmen bei 11 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Der Antrag auf Auflösung des Reichstags abgelehnt

Berlin, 28. Februar. Die von den Nationalsozialisten, Deutschnationalen und Kommunisten beantragte Reichstagsauflösung wurde in der heutigen Reichstagsitzung mit 299 gegen 228 Stimmen abgelehnt.

(Bereits durch Extrablatt bekanntgegeben.)

Der Sitzungsverlauf

Berlin, 28. Februar. Präsident Brüning teilt bei Eröffnung mit, daß der Abg. Dr. Glösel (D.) sich wegen Krankheit auf zwei Tage hat beurlauben lassen. (Hört! Hört! und Heiterkeit.)

Der Präsident stellt dann einen Antrag der Deutschnationalen zur Beratung, der ihn auffordert, sein Amt niederzulegen. Im Hammerspruch wird der Antrag abgelehnt.

Die Aussprache wird dann fortgesetzt.

Abg. Bauer (Chr.-soz.)

führt aus, seine Freunde seien immer die schärfsten Gegner des Systems gewesen, das den Einfluß der Parteien dem Wohl des Volkes voranstellen will. Gerade weil die Christlichsozialen das Vaterland über die Partei stellen, wendeten sie sich gegen das System Hitler-Brüning, das die unbedingte nationalsozialistische Parteiherrschaft aufrichten wolle. Der Redner erkennt die Bemühungen der Regierung zur Belebung der Wirtschaft an, äußert aber Bedenken gegen manche Einzelheiten der Notverordnung. Der notleidenden Landwirtschaft könne nicht mit den Methoden der Landwirtschaft allein geholfen werden. Der Bauer leide am meisten unter den hohen Zinsen. Das Problem der Entschuldung der Landwirtschaft müsse gründlicher angepackt werden als bisher.

Als der Redner sich gegen die Angriffreden der Rechtsopposition wendet und betont, Bismarck habe seine Politik nie mit Rücksicht auf die Massen der Straße gemacht, kommen von der Rechten fortwährend böhmische Zurufe. Der Abg. Dr. Kleiner (DnL.) wird wegen eines solchen Zurufes zur Ordnung gerufen. Sie, so fährt der Redner fort, betrachten den Youngplanunterzeichner Schacht als außenpolitische Autorität. Sie können es nicht ertragen, daß Dr. Brüning außenpolitische Erfolge erzielt. Mit positivem Christentum hat der Nationalsozialismus nichts zu tun.

Abg. Frau Juchacz (Soz.)

betont die Notwendigkeit, in dieser Schicksalsstunde des deutschen Volkes auch die Stimmen der deutschen Frauen zu hören. Wir Frauen wollen keinen Bürgerkrieg, wir wollen keinen Weltkrieg. Wir durchschauen die Heuchel-

einer Politik die sich als besonders männlich gibt, die aber nur von Kurzsichtigkeit, Eitelkeit und Renommierlust bittiert ist, gegen diese nationalsozialistische Politik wenden sich die Frauen, die für Freiheit und Frieden sind.

Abg. Dr. Reubauer (Komm.)

wirft den Nationalsozialisten vor, daß sie nur bezahlte Gefolgsleute des Industriemagnaten Fritz Thyssen seien. Der andere Trusthög Krupp stütze dagegen den Reichskanzler. In dieser Auseinandersetzung zwischen den beiden Gruppen des deutschen Kapitalismus stehe nur der Kommunismus auf der Front der wertvollen Massen gegen das Ausbeutertum.

Als Präsident Brüning das Präsidium wieder übernimmt und dem Abg. Dr. Weber (Staatsp.) das Wort erteilt, verlassen die meisten Deutschnationalen und Nationalsozialisten den Saal.

Abg. Dr. Weber (Staatsp.)

erklärt, er wolle seine Behauptungen beweisen, daß die Nationalsozialisten auf dem Wege des politischen Mordes vorangegangen seien. Die ersten großen politischen Morde in Deutschland, die Morde gegen Erzberger und Rathenau, seien von rechtsradikaler Seite begangen und von den Nationalsozialisten verherrlicht worden.

Am 1. Juli 1931 schrieb der „Angriff“: „Man soll das rote Mordgeschindel mit Handgranaten und Maschinengewehren von den Straßen vertreiben.“ Am 22. Oktober 1929 führte der nationalsozialistische Führer Dr. Dörschow in einer Versammlung in Reubaus aus: „Wir werden den Kampf mit allen Mitteln führen. Im Kampf gibt es Leichen. Wenn es gegen den jüdischen Janjagel geht, schreiten wir auch über Gräber.“ Dr. Brüning hat am 16. Januar 1931 im Berliner Kriegereinsatzhaus gesagt: „Die Spannung und Empörung in unseren Reihen ist bis zur Stechhöhe gestiegen. Vielleicht findet sich darunter mal einer, der seine persönliche Ehre identifiziert mit der Ehre der Partei und sie in der Weise, wie es ihm seine Ehre gestattet, wieder herstellt. Ich fordere nicht dazu auf, aber was der einzelne tut, können wir nicht kontrollieren.“ (Hört! Hört! — Rufe links: „So selbe verstehen sich die Heizer.“) Der Redner erklärt zum Schluß: „Sagen diese Mordhege einer Partei, die sich national nennt, müsse mit den schärfsten Mitteln vorgegangen werden. (Abg. Geschäfts-Komm. ruft: „Herr Groener, was sagen Sie zu Ihren jüngsten Reduten? Ein Hundstot, wer diese Mörder nicht in die Reichswehr aufnimmt!“ — Heiterkeit bei den Komm. — Präsident Brüning erhebt sich zum Ruhe.)

Abg. Schulze-Staaten (DnL.)

bedauert, daß die Ernährungsfrage in der Aussprache nicht genügend Beachtung gefunden habe. Für die Zukunft muß man die härtesten Beschränkungen haben. Die Nahrungsfreiheit aus deutscher Erde muß sichergestellt werden. Die landwirtschaftlichen Unternehmer bedürfen der Staatshilfe. Die reichsten Böden Deutschlands sind produktionsunfähig geworden. Laktakt und Unternehmungskraft sind gelähmt. Eine falsch eingestellte Handelspolitik mit dem System der allgemeinen Meistbegünstigung hat gleichzeitig mit einer unerträglichen Steuer- und Zinsbelastung die Landwirtschaft ruiniert. In der Binnenwirtschaft, im Binnenmarkt liegt die Hoffnung der Zukunft. Das Kabinett Brüning muß abtreten.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.)

macht der Regierung den Vorwurf, daß sie planmäßig die Errungenschaften der Arbeiterschaft abbauet.

Von einigen Nationalsozialisten wird während dieser Rede „Mähähäh“ gerufen. Von links wird darauf nach rechts gerufen: „Sie können den Biegenfall nicht verleugnen!“ Präsident Brüning erklärt, wenn er die Stühle feststellen könnte, würde er sie trotz der bevorstehenden Abstimmung von der Sitzung ausschließen. Abg. Dr. Rosenfeld erklärt, ihm und seinen Freunden stehe Thyssen tausendmal näher als Hindenburg.

Abg. Dr. Hildebrand (Soz.)

weist nationalsozialistische Angriffe auf die nationale Zuverlässigkeit des badiischen Zentrums zurück. In allen deutschen Ländern stehe das Zentrum einmütig auf dem Standpunkt, daß ein Ost-Sozialismus unannehmbar sein würde. Auf laute Zurufe der Nationalsozialisten ruft der Präsident die Abg. Dr. Bey und Florian (Kath.) je zweimal zur Ordnung.

Unter lauten Hört! Hört!-Rufen der Mehrheit tritt Abg. Dr. Hildebrand die Rednerungen Adolf Hitler zu ausländischen Pressevertretern, daß die Nationalsozialisten keines-

Das Ergebnis der Reichstagsitzung

Dr. Brüning's Erfolg — Der erste Sieg im Kampf um die Hindenburgkandidatur

Berlin, 28. Februar. Der Ausgang dieser Reichstagsitzung, der mit der Ablehnung aller Misstrauensanträge endete, konnte in parlamentarischen Kreisen keine Überraschung auslösen, denn von Anfang an hatte man auch in Kreisen der Rechten mit diesem Ergebnis gerechnet. Die Mehrheit betrug bei dem Misstrauensantrag gegen das Gesamtkabinett 25 Stimmen und bei den am schärfsten bekämpften Mitgliedern des Kabinetts, den Ministern Groener und Dietrich, sogar 55 und 86 Stimmen. Aber das Bild steht für die Reichsregierung noch sehr viel günstiger aus, wenn man von der Oppositionsseite die 79 Stimmen der Kommunisten und die fünf der Sozialistischen Arbeiterpartei abzieht, die für eine praktische Regierungsbildung ja von vornherein nicht in Frage kämen. Bei solcher Betrachtung stehen den 289 Stimmen, die das Kabinett Brüning auf sich vereintigt, nur 188 oppositionelle gegenüber, die theoretisch für eine Regierungsneubildung in Frage kämen. Diese Zahlen werden in parlamentarischen Kreisen stark unterstrichen, und es wird hervorgehoben, daß Dr. Brüning's Mehrheit unter diesen Umständen praktisch sogar sehr viel größer ist als die, die Tardeu in der Kammer gefunden hat. Damit ist das Ergebnis dieser viertägigen Reichstags-sitzung ein Erfolg des Reichskabinetts und vor allem ein starker persönlicher Erfolg des Kanzlers. Das ergibt sich schon besonders daraus, daß Dr. Brüning's große Rede der Höhepunkt der ganzen Tagung war. Dieser Abschluß der Reichstagsitzung ist aber auch, wie in parlamentarischen Kreisen besonders hervor-gehoben wird, als der erste große Erfolg in dem Kampfe um die Wiederwahl des Reichspräsidenten von Hindenburg zu bewerten.

Nachdem der Reichstag nun auseinandergegangen ist, wird der eigentliche Wahlkampf seinen Anfang nehmen. Es ist anzunehmen, daß er jetzt sehr schnell zur Entwicklung kommt; denn schließlich stehen die zur Wahl nur noch zwei Wochen zur Verfügung. Eine Frage für sich sind die Konsequenzen, die in der Deutschen Volkspartei aus dem Fernbleiben der Abgeordneten Dr. Curtius und Dr. von Kardorff bei den heutigen Abstimmungen entstehen. Bei den übrigen abwesenden Mitgliedern der Deutschen Volkspartei ergeben sich keine Weiterungen, da ihr Fernbleiben als begründet und entschuldigt gilt. Für die beiden genannten Abgeordneten aber wird nun der Beschluß der gestrigen Fraktionsitzung in Kraft treten, nach dem Mitglieder, die ohne als trittig anerkannte Gründe fernbleiben, aus der Fraktion ausgeschlossen sind. Bei der Ausführung dieses Beschlusses handelt es sich nur noch um den formalen Vorgang, daß der Fraktionsführer den beiden Abgeordneten einen entsprechenden Brief schreibt, sobald die amtliche Mitteilung über das Abstimmungsergebnis vorliegt. Sollte Dr. Curtius die Absicht, sein Mandat niederzulegen, verwirklichen, so würde an seine Stelle der jetzige badiische Finanzminister Mattes treten. In Kreisen der Deutschen Volkspartei wird die Entscheidung außerordentlich bedauert, die jetzt zwangsläufig zum Ausschluß zweier so allgemein geschätzter Männer führt, wie Dr. Curtius und Dr. von Kardorff es sind.

wegs die Wiederherstellung der alten deutschen Grenzen oder die Rückgabe aller Kolonien verlangten. Hitler habe auch die deutschen Südtiroler Italiener preisgegeben und sich für ein Süd-Sozialismus ausgesprochen. In einer Zuschrift an das faschistische Hauptorgan Italiens habe Gregor Strasser im Auftrage Hitlers als offizielle Parteimeinung der deutschen Nationalsozialisten mitgeteilt, daß die sogen. Südtirolfrage nicht einmal einen Diskussionspunkt mit einem faschistischen Italien bilden würde.

Abg. Zude (Soz.)

wendet sich gegen die Behauptung, der Kanzler hätte die Stimmen der Wirtschaftspartei am 16. Oktober v. J. nur bekommen, als er in letzter entscheidender Stunde einen Schach über 500 000 Mark für die Deutsche Mittelhandelsbank ausgehändigt habe. Auf die Bitte der Wirtschaftspartei habe der Kanzler schließlich beschickt, daß an dieser